

Satzung der Stadt Beckum über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Rettungsmittel der Rettungswache (Rettungsmittelgebührensatzung)

Vom 25. Juli 2013

Präambel

Aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit §§ 6 und 9 Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer des Landes Nordrhein-Westfalen und §§ 4 und 5 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen hat der Rat der Stadt Beckum am 11. Juli 2013, 19. Mai 2015, 4. Juni 2019 und am 17.05.2022 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Allgemeines

Die Stadt Beckum ist Trägerin einer Rettungswache für das Stadtgebiet Beckum und hält die nach dem Bedarfsplan notwendigen Rettungsmittel sowie das erforderliche Personal bereit und führt die Einsätze durch. Auf Anweisung der Leitstelle des Kreises Warendorf hat die Rettungswache auch Einsätze außerhalb ihres Bereiches durchzuführen.

Die Rettungswache führt Transporte von Kranken, Verletzten oder sonstigen hilfsbedürftigen Personen unter Beachtung der gebotenen Vorsicht sowie erteilter ärztlicher Weisungen unter sachgemäßer Betreuung durch.

§ 2

Gebühren

- (1) Für die Inanspruchnahme der Rettungsmittel werden von der Stadt Beckum als Gebührengläubigerin folgende Gebühren als Einsatzpauschale erhoben:

Beförderung

- Krankentransportwagen..... 436,00 Euro
- Rettungswagen 760,00 Euro

Daneben wird eine Gebühr für die von dem Einsatzfahrzeug einsatzbedingt zurückgelegte Strecke ab dem gefahrenen 81. Kilometer erhoben. Einsatzbedingt zurückgelegte Strecke meint abhängig von der Art des Einsatzes entweder

- die zwischen dem Ausrücken am gewöhnlichen Aufenthaltsort des Einsatzfahrzeuges zurückgelegte Strecke oder
- die zwischen dem Patientenaufnahmeort und dem Patientenübergabeort zurückgelegte Strecke.

Kilometerpauschale

ab dem gefahrenen 81. Kilometer 3,00 Euro/Kilometer

Notarzteinsatzfahrzeug 573,00 Euro

Einsatz Notärztin/Notarzt..... 435,00 Euro

- (2) In den Einsatzpauschalen sind Zuschläge für Reinigungen und Desinfektionen nach Infektionstransporten enthalten.
- (3) Werden mehrere Patientinnen/Patienten gleichzeitig in einem Fahrzeug befördert, erfolgt eine personenbezogene Gebührenberechnung zu gleichen Teilen.
- (4) Die Einsatzzeiten für den Krankentransportwagen werden auf Grundlage des Rettungsbedarfsplanes des Kreises Warendorf geregelt. Werden unaufschiebbare Krankentransporte außerhalb der festgelegten Einsatzzeiten mit einem Rettungswagen durchgeführt, so werden die Gebühren für einen Rettungswagen in voller Höhe erhoben.

§ 3

Begleitpersonen

Die Mitfahrt von Begleitpersonen im Einsatzfahrzeug ist gebührenfrei.

Ein genereller Anspruch auf Mitnahme von Begleitpersonen besteht nicht. Ein Haftungsanspruch gegenüber der Stadt Beckum besteht nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

§ 4

Gebührenschildner(in)

- (1) Gebührenschildnerin/Gebührenschildner ist
 - a) die Person, die Leistungen oder Einrichtungen des Rettungsdienstes in Anspruch genommen hat (Benutzerin/Benutzer),
 - b) die Bestellerin/der Besteller von Leistungen oder Einrichtungen der Rettungswache, sofern er nicht in berechtigter Wahrnehmung der Interessen eines Dritten gehandelt hat,
 - c) die Person, die durch ihr Verhalten oder ihren körperlichen Zustand den Einsatz der Rettungswache veranlasst hat, ohne Benutzerin/Benutzer zu sein.
- (2) Bei minderjährigen Gebührenschildnerinnen/Gebührenschildnern haften die gesetzlichen Vertreterinnen/Vertreter nach den §§ 69, 70 Abgabenordnung.
- (3) Für die Gebührenschild haften auch die nach geltendem Recht der Gebührenschildnerin/dem Gebührenschildner unterhaltspflichtigen Personen, wenn die Gebührenschildnerin/der Gebührenschildner zahlungsunfähig ist. Verstirbt die Gebührenschildnerin/der Gebührenschildner, geht die Gebührenschild auf die Erbinnen/Erben über.
- (4) Mehrere Gebührenschildnerinnen/Gebührenschildner haften als Gesamtschildnerinnen/Gesamtschildner.
- (5) Benennt ein(e) bei einer gesetzlichen Krankenkasse Versicherte/Versicherter einen Sozialversicherungsträger, einen Krankenhausträger oder einen ähnlichen Träger als Kostenträger für Leistungen der Rettungswache, können diese Leistungen unmittelbar mit dem benannten Kostenträger abgerechnet werden, wenn die/der Versicherte eine ärztliche Notwendigkeitsbescheinigung für den Einsatz vorlegt. Gleiches gilt, wenn der Versicherte eine schriftliche Kostenübernahmezusicherung der Krankenkasse vorlegt. Die Gebührenschildpflicht der Gebührenschildnerin/des Gebührenschildners nach den Absätzen 1 bis 3 bleibt unberührt.

§ 5

Entstehen der Gebührenpflicht, Festsetzung und Fälligkeit der Gebühren

- (1) Ein abrechnungsrelevanter Einsatz beginnt mit der Alarmierung.
- (2) Die Gebühren werden nach der Inanspruchnahme der Leistungen durch Gebührenbescheid festgesetzt und sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides zu zahlen.
- (3) Bei gesetzlich Versicherten soll die Abrechnung zunächst mit der Krankenkasse unmittelbar erfolgen. Die Gebührenschuldnerin/Der Gebührenschuldner wird von der Zahlungspflicht nicht befreit, bis die Gebühr von dort entrichtet wurde.
- (4) Rückständige Gebühren werden im Verwaltungsvollstreckungsverfahren eingezogen.
- (5) Gebühren können auf Antrag ganz oder teilweise erlassen werden, wenn dies aus Gründen der Billigkeit geboten ist. Im Übrigen richten sich die Stundung und der Erlass nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes.

§ 6

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. August 2013 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Beckum über die Benutzung der Krankenwagen und die Erhebung von Krankentransportgebühren vom 9. Dezember 1975 außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die **Satzung der Stadt Beckum über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Rettungsmittel der Rettungswache (Rettungsmittelgebührensatzung)** wird gemäß § 7 Absatz 4 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Absatz 6 GO NRW kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung gegen diese Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht haben, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Beckum, den 25. Juli 2013

gezeichnet
Dr. Karl-Uwe Strothmann
Bürgermeister

1. Satzung der Stadt Beckum zur Änderung der Rettungsmittelgebührensatzung

Vom 22. Mai 2015

Präambel

Aufgrund der §§ 7 Absatz 1 und 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit §§ 6 und 9 Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmen des Landes Nordrhein-Westfalen und §§ 4 und 5 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen hat der Rat der Stadt Beckum am 19. Mai 2015 folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

Die Satzung der Stadt Beckum über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Rettungsmittel der Rettungswache (Rettungsmittelgebührensatzung) vom 25. Juli 2013 wird wie folgt geändert:

1. **§ 2 Absatz 1 Aufzählungspunkt „Beförderung“ wird wie folgt geändert**
 - a) **Erster Spiegelstrich „Krankentransportwagen“**
Die Angabe „153,00 Euro“ wird durch die Angabe „301,00 Euro“ ersetzt.
 - b) **Zweiter Spiegelstrich „Rettungswagen“**
Die Angabe „328,00 Euro“ wird durch die Angabe „465,00 Euro“ ersetzt.
2. **§ 2 Absatz 1 Aufzählungspunkt „Notarzteinsatzfahrzeug“ wird wie folgt geändert:**
Die Angabe „265,00 Euro“ wird durch die Angabe „375,00 Euro“ ersetzt.
3. **§ 2 Absatz 1 Aufzählungspunkt „Einsatz Notärztin/Notarzt“ wird wie folgt geändert:**
Die Angabe „186,00 Euro“ wird durch die Angabe „232,00 Euro“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Satzung tritt mit dem Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die **1. Satzung der Stadt Beckum zur Änderung der Rettungsmittelgebührensatzung** wird gemäß § 7 Absatz 4 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Absatz 6 GO NRW kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung gegen diese Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Beckum, den 22. Mai 2015

gezeichnet
Dr. Karl-Uwe Strothmann
Bürgermeister

2. Satzung der Stadt Beckum zur Änderung der Rettungsmittelgebührensatzung

Vom 5. Juni 2019

Präambel

Aufgrund der §§ 7 Absatz 1 und 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit §§ 6 und 9 Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmen des Landes Nordrhein-Westfalen und §§ 4 und 5 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen hat der Rat der Stadt Beckum am 4. Juni 2019 folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

Die Satzung der Stadt Beckum über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Rettungsmittel der Rettungswache (Rettungsmittelgebührensatzung) vom 25. Juli 2013 wird wie folgt geändert:

1. **§ 2 Absatz 1 Aufzählungspunkt „Beförderung“ wird wie folgt geändert**
 - a) **Erster Spiegelstrich „Krankentransportwagen“**
Die Angabe „301,00 Euro“ durch die Angabe „300,00 Euro“ ersetzt.
 - b) **Zweiter Spiegelstrich „Rettungswagen“**
Die Angabe „465,00 Euro“ durch die Angabe „483,00 Euro“ ersetzt.
2. **§ 2 Absatz 1 Aufzählungspunkt „Notarzteinsatzfahrzeug“ wird wie folgt geändert:**
Die Angabe „375,00 Euro“ wird durch die Angabe „365,00 Euro“ ersetzt.
3. **§ 2 Absatz 1 Aufzählungspunkt „Einsatz Notärztin/Notarzt“ wird wie folgt geändert:**
Die Angabe „232,00 Euro“ wird durch die Angabe „284,00 Euro“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Satzung tritt mit dem Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die 2. Satzung der Stadt Beckum zur Änderung der Rettungsmittelgebührensatzung wird gemäß § 7 Absatz 4 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Absatz 6 GO NRW kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung gegen diese Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Beckum, den 5. Juni 2019

gezeichnet
Dr. Karl-Uwe Strothmann
Bürgermeister

Bekanntmachungsanordnung

Die **3. Satzung der Stadt Beckum zur Änderung der Rettungsmittelgebührensatzung** wird gemäß § 7 Absatz 4 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Absatz 6 GO NRW kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung gegen diese Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Beckum, den 18. Mai 2022

gezeichnet
Michael Gerdhenrich
Bürgermeister